

„Heute bleiben die Männer in Polen und Frauen kommen hierher“

Ein Gespräch mit Beata Waldek, ZAPO

Beata Waldek ist ehemalige Mitarbeiterin des 2002 ausgelaufenen Projektes ZAPO (Zentrale integrierte Anlaufstelle für PendlerInnen aus Osteuropa). Das Projekt wurde im Mai 1997 auf Initiative des Polnischen Sozialrates e.V. gegründet und aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit, der Senatsverwaltung für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen, der Deutschen Klassenlotterie und des Netzwerk Selbsthilfe e.V. und Spenden. ZAPO wendete sich an MigrantInnen, die in Berlin keinen Daueraufenthalt begründen wollen oder können. Darüber hinaus wurden die Öffentlichkeit und die MitarbeiterInnen anderer Einrichtungen sowohl in Berlin-Brandenburg als auch in den Herkunftsländern für die Probleme dieser Personengruppe sensibilisiert.

ZAG:

Der Schwerpunkt unserer Ausgabe dreht sich speziell um Migration von Frauen. Wie hoch war der Frauenanteil unter Euren Klienten bei ZAPO?

Beata Waldek:

Fifty-fifty. In der Anfangszeit kamen sehr viele Männer zu uns, weil v.a. Männer im Bauwesen gearbeitet haben. Aber die Situation hat sich sehr stark geändert. Zum einen gibt es heute viel mehr Kontrollen auf den Baustellen und eine hohe Konkurrenz noch billigerer Arbeitskräfte aus der Ukraine, Russland oder anderen Ländern. Polen haben damals so zwischen acht und fünfzehn Euro die Stunde gearbeitet, heute sind auf einmal andere bereit, für zwei oder drei Euro zu arbeiten. Also arbeiten heute weniger Polen auf dem Bau. Zum anderen gibt es seit einigen Jahren eine große Nachfrage nach Haushaltshilfen und Pflegekräften. Heute bleiben die Männer zu Hause und Frauen kommen hierher. Es ist sozusagen eine neue Ära der Dienstmädchen angebrochen.

Inwiefern unterscheidet sich die Situation von osteuropäischen Migrantinnen von denen der Migranten?

Die Situation ist ambivalent. Einerseits sind die Haushaltshilfen weniger der Verfolgung vonseiten der Polizei ausgesetzt, da die Polizei ohne Anzeige nicht gezielt fahnden darf. Des Weiteren sind die Einkommensverhältnisse sowohl gesicherter, da die ArbeitgeberInnen zuverlässiger zahlen, als auch besser, da die Löhne höher sind. Sie verdienen so acht bis zehn Euro die Stunde, wenn sie reine Putzjobs haben; leben sie bei der Familie, ist es schon weniger, da dann die Unterkunft und Essen angerechnet wird. Dazu kommt, dass sich zwischen den Frauen netzwerkartige Strukturen gebildet haben, weil sie sich die Jobs oft untereinander weitervermitteln. Andererseits arbeiten sie in besonderen Abhängigkeitsverhältnissen. Probleme gibt es, wenn Unfälle während der Arbeit passieren, da die ArbeitgeberInnen selten Unfallversicherungen für ihre Haushaltshilfen abschließen, obwohl die Jahresbeiträge sehr niedrig sind.

Nicht selten wird von Ihnen mehr als Putzen erwartet. Wir haben vor kurzem eine Stern-Reportage mitgestaltet. Dabei wurde eine Frau mit versteckten Kameras begleitet, die sich auf Zeitungsannoncen gemeldet hatte. Ganz oft kam von Männern die Frage, ob sie, wenn sie zum Putzen kommt, auch Massagen macht oder was sie anzieht, wenn sie kommt. Sehr sexualisierte Situationen, das bestätigen uns auch die Frauen in der Beratung. Auch deshalb werden Netzwerke gebildet und Jobs weitervermittelt. Viele Frauen lassen sich bei Erstgesprächen von anderen begleiten. Wir als Beratungsstelle haben den Frauen den Frauen vor allem geraten, sich zu schützen und abzusichern. Also hinterlasse Deine Telefonnummer bei Freunden, erzähle nicht so viel von Dir, damit Du Distanz wahrst und nicht mit Deiner Illegalität erpresst werden kannst. Polinnen sind allerdings in dieser Beziehung gegenüber Frauen aus der Ukraine oder Lateinamerika besser gestellt. Eine Polin darf sich drei Monate in Deutschland aufhalten, niemand kann ihr nachweisen, dass sie schon Jahre in Deutschland lebt, da die Pässe nicht gestempelt werden. Am härtesten trifft es da Frauen anderer Hautfarbe, aufgrund derer sie von der Polizei häufiger kontrolliert werden und denen eine sofortige Abschiebung droht.

Oft fungieren ja auch Au Pairs als versteckte Haushaltshilfen...

Deren Situation ist noch mal anders. Zwar haben sie einen gesicherteren Aufenthaltsstatus als die Haushaltshilfen und meist Arbeitsverträge, allerdings werden gerade Au Pairs als Dienstmädchen ausgebeutet. Aus Gesprächen wissen wir, dass sie häufig keine Zeit haben, die Sprache oder das Gastland kennen zu lernen. Sie betreuen ganztags die Kinder und schmeißen nebenbei noch den Haushalt. Au Pairs kommen selten zu uns, da sie sehr in die Familien eingebunden sind und Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes haben. Oft hängt da auch noch der Wunsch nach einem Studium nach der Au-Pair-Zeit dran, was auch selten riskiert wird. Die Frauen kommen erst, wenn der Krug übergelaufen ist, also in Fällen von Missbrauch oder Unfällen. Das gilt aber für alle Haushaltshilfen.

Hast Du eine Vorstellung davon, wie viele Haushaltshilfen in Deutschland arbeiten? Wie ist ihr Status?

Das können wir nicht genau sagen. Es gibt eine Schätzung, das ca. vier Millionen Haushalte in Deutschland Haushaltshilfen beschäftigen. Die Zahl steigt von Tag zu Tag, das kann ich auch aufgrund eigener Erfahrungen bestätigen. Viele meiner deutschen Freunde fragen mich, ob ich eine Polin kenne, die auf die Kinder oder den schwerbehinderten Papa aufpassen würde, die putzt oder als Au Pair kommen könnte. Gerade in Berlin arbeiten viele Dienstmädchen aus Osteuropa, es gibt hier viele wohlhabende Single-Haushalte oder Haushalte mit Doppelseinkommen und langen Arbeitszeiten. Deutschlandweit sind aber nur 4000 sozialversichert, was sich sowohl aufgrund politischen Drucks, illegale Beschäftigung von Haushaltshilfen nicht mehr als Ordnungswidrigkeit, sondern als Straftat zu ahnden, als auch aufgrund der neuen Arbeitsmarktgesetze langsam ändert.

Viele ArbeitgeberInnen wissen aber auch nicht, dass sie sich strafbar machen. Sie glauben, dass mit der EU-Osterweiterung auch für Polen eine Arbeitnehmerfreizügigkeit herrscht, was aber erst in 7 Jahren der Fall ist. Die einzige Möglichkeit, einen legalen Status zu erhalten, ist eine Firma zu gründen, in deren Rahmen die Frauen dann als Haushaltshilfe oder Pflegepersonal selbständig tätig

sind. Das würde dann unter Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit fallen.

Wie sind Deine Erfahrungen in der Beratungssituation mit den polnischen oder osteuropäischen Frauen? Welche Lebenssituationen sind am häufigsten?

Meiner Meinung nach sind Frauen heute die Hauptakteure der Globalisierung, was jedenfalls die Arbeitsmigration angeht. Die Frauen, die zu uns kommen und damit dann auch zu denen gehören, die sich über die Schwelle in eine Beratung wagen, sind sehr selbstsicher und selbstbewusst. Sie wissen, was sie möchten und nehmen ihr Los in die Hand. Und das hat auch starke Rückwirkungen auf die Familienstrukturen und auch Geschlechterverhältnisse in Polen. Vereinfacht: Die Frau lebt beispielsweise in Berlin und verdient das Geld, der Mann in Polen ist häufig arbeitslos und kümmert sich – natürlich oft mit Unterstützung der Omas und Tanten – um die Kinder und den Haushalt. Es gibt aber natürlich auch Männer, die als Haushaltshilfen und v.a. billige Handwerker in deutschen und europäischen Haushalten arbeiten. Ein weiterer Sektor für ArbeitsmigrantInnen aus Osteuropa ist die deutsche Landwirtschaft, in der 90% der Männer und Frauen aus Polen sind. Deutsche Bauern beschäftigen häufig Polen und Polinnen, da diese als zuverlässig gelten. Diese Arbeitsverhältnisse sind allerdings selten illegal, viele Verträge sind Werkverträge.

Wie werden Deiner Meinung nach beispielsweise polnische Frauen in der deutschen Gesellschaft wahrgenommen?

Interessant ist, dass sich das Bild der Polin von dem des Polen unterscheidet. Vor Jahren war das Bild des polnischen Mannes sehr negativ besetzt. Schnurrbart, Händler, Autoschmuggler, Geschäftsmann. Das hat sich zwar verbessert, aber es ist immer noch schlechter als das der Frauen. Die polnische Frau gilt – auch unter ihren Arbeitgeberinnen – als gepflegt, intelligent, als sehr weiblich und fürsorglich. Vor längerer Zeit habe ich mal einen Vortrag über Migration vor recht wohlhabenden Frauen gehalten. Sie hatten mich darum gebeten. Im Verlauf des Abends kam dann heraus, dass alle diese Frauen entweder ihre Häuser oder Grundstücke durch Polen ausbauen lassen, dass jede eine polnische Haushaltshilfe beschäftigte. Ich hatte wirklich in ein Wespennest gestochen. Bei den Arbeitgeberinnen handelte es sich durchweg um Berlinerinnen in hohen beruflichen Positionen, ebenso wie ihre Männer. Ich fand es sehr interessant, wie sie von ihren Haushaltshilfen sprachen, es klang fast schon freundschaftlich. Das liegt vielleicht auch zum Teil daran, dass sich einige deutsche Frauen nicht immer sehr wohl in ihrer Arbeitgeberinnenrolle fühlen. Insgesamt existiert ein positiv konnotiertes Klischee von polnischen Haushaltshilfen, den „Perlen des Ostens“.

Seit 2002 gibt es das Projekt ZAPO nicht mehr. Wie kam es dazu?

ZAPO wurde nur für 5 Jahre finanziert. Insgesamt konnten ca. 13 MitarbeiterInnen über SAM (?) oder ABM-Stellen finanziert werden. Wir haben 2002 versucht, an das Projekt anzuknüpfen, allerdings sind wir da auf taube Ohren gestoßen. ZAPO war bundesweit die einzige Anlauf- und Beratungsstelle für PendlerInnen aus Osteuropa. Für das Frauenprojekt von ZAPO gab es noch einmal eine Verlängerung, in der Praxis wurden andere Arbeiten nebenher mitgemacht.

Wie sah Deine Arbeit bei ZAPO konkret aus?

Die politische Idee, die hinter dem Projekt stand, hieß Unterstützung statt Kontrolle. Wir wollten Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus Hilfestellungen bei der Einforderung ihrer Rechte geben. ZAPO bestand aus verschiedenen Projekten; es gab ein Jugendprojekt für in Berlin gestrandete Jugendliche aus Osteuropa, ein Frauenprojekt für durch Heiratsmigration oder Frauenhandel in Abhängigkeiten geratene Frauen und eben eine Arbeitnehmergruppe, in der ich tätig war. Meine Arbeit befasste sich v.a. mit der Einforderung nicht-ausgezahlter Löhne und der Sicherung arbeitsrechtlicher Standards. Ist ein faktisches Arbeitsverhältnis zustande gekommen, so hat der Arbeitnehmer auch ein Recht auf Bezahlung, egal ob er eine Arbeits- oder Aufenthaltsgenehmigung hat oder nicht. Diese Fälle haben wir teilweise bis vor das Arbeitsgericht begleitet. Das Vorgehen haben wir dabei mit dem jeweiligen Arbeitnehmer entschieden. Zuerst einmal mussten wir eine große Aufklärungsarbeit leisten, da die meisten sehr verunsichert waren und wenig über die Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Rechte wussten. In einem zweiten Schritt haben wir zusammen mit den Klienten Beweise für ihre geleistete Arbeit gesammelt, also Zeugenaussagen und Arbeitszeitlisten. Mit diesen Unterlagen haben wir uns dann mit dem Arbeitgeber schriftlich oder telefonisch in Verbindung gesetzt, aber auch schon Mahnungen oder Mahnbescheide geschickt. In einzelnen Fällen haben wir sie auch zu Treffen mit den Betroffenen eingeladen. Wenn alle diese Maßnahmen fehlgeschlagen sind, haben wir Klage vor dem Arbeitsgericht eingereicht.

Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit mit den Arbeitsgerichten?

Meistens lebten die Betroffenen schon gar nicht mehr in Deutschland. Sie haben dann aus ihren Herkunftsländern, in den meisten Fällen aus Polen, alle Unterlagen an uns gesandt. Wir haben sie übersetzt und an den jeweiligen Rechtsanwalt weitergegeben. In den meisten Fällen bekamen die Kläger Prozesskostenbeihilfe, da die soziale Situation dies erforderte. ZAPO fungierte dabei als Schaltstelle zwischen den Betroffenen und dem Arbeitsgericht, da die Rechtsanwälte diese Arbeit der Motivation, Übersetzung und Organisation nicht leisten konnten. In diesen 5 Jahren der Organisation haben wir so ca. 500 dokumentierte Fälle bis zum Arbeitsgericht begleitet.

Gab es zwischen Arbeitsgerichten und Ausländerbehörden eine Zusammenarbeit? Wie sah die Praxis einer Klage von Menschen ohne Papiere aus?

In unserer 5-jährigen Praxis hat kein Gericht an keine Ausländer- oder Zollbehörde diese Information weitergegeben. Kein Richter hat in dieser Zeit nach dem Aufenthaltsstatus gefragt. Die Prozesse wurden allein unter arbeitsrechtlichen Gesichtspunkten abgehandelt. Zwar sind in Deutschland Richter zur Meldung verpflichtet, ebenso wie wir auch, allerdings wurde weder von uns noch von seiten Gerichte Anzeige erstattet. Das hat uns sehr erstaunt. Zum Teil lag das aber auch daran, dass der Großteil der Betroffenen nicht mehr in Deutschland weilten. Die Menschen ohne Papiere, die noch hier leben und arbeiten, strengten gegen ihre ArbeitgeberInnen in der Regel keinen Prozess an. Aber sie kamen zur Beratung und oft konnte auch ohne Prozess eine Lohnzahlung erreicht werden. Allein schon die Tatsache, dass eine Organisation wie ZAPO die Bezahlung einforderte, brachte

große Erfolge. Heute macht das keiner mehr. Nur Conny Roth und ich kümmern uns ab und zu ehrenamtlich um solche Fälle.

Wie sieht Dein Arbeits- und Lebensalltag aus?

Ich bin 1980 aus Polen zum Auslandsstudium nach Leipzig gekommen und habe dann meinen Abschluss als Diplom-Ökonomin gemacht. Nach einigen Jahren in der DDR bin ich im September `89 zurück nach Polen und wurde dort von den Umbrüchen in der DDR überrascht. 1990 ergab sich dann hier für mich eine Arbeit bei einem Außenhandelsunternehmen für Bauwesen, eigentlich wollte ich nur für ein halbes Jahr in Deutschland bleiben. Nachdem ich aber meinen Mann kennen gelernt habe, bin ich hier geblieben. Nach meiner Schwangerschaft eröffnete sich dann die Möglichkeit, bei ZAPO zu arbeiten. Durch meine Arbeit im Bauwesen, die neben Personalangelegenheiten auch die Abrechnung von Baustellen beinhaltete, wusste ich über die Mechanismen auf dem Bau und die Probleme der MigrantInnen sehr viel. Zwar war mein Arbeitgeber damals sehr vorbildlich, von anderen Baustellen habe ich aber oft anderes gehört. Dieser Vorrat an Wissen und die Sprachkenntnisse kamen der Arbeit bei ZAPO sehr zugute, außerdem lag sie mir sehr am Herzen. Im Endeffekt konnte ich das, was ich vorher immer im informellen Rahmen gemacht habe, nun institutionell beim Polnischen Sozialrat machen. Im Moment arbeite ich für 2 Tage pro Woche beim DGB in der Ausländerberatungsstelle mit anderen Muttersprachlerinnen zusammen. Weder reicht das Geld für mich zum Leben, noch reicht die Arbeitszeit für all die Anfragen, die gerade nach dem Beitritt Polens zur EU hier einlaufen. Nebenbei arbeite ich ehrenamtlich für den Polnischen Sozialrat und dem Respect-Netzwerk. Ein bisschen Zusatzgeld kommt dann noch über Übersetzungen, Vorträge – also durchaus flexible Arbeitsverhältnisse. Darüber bin ich nicht sehr begeistert, da wir noch einen sechsjährigen Sohn haben und ich lieber in gesicherteren Verhältnissen arbeiten würde.

Jana Seppelt / ZAG

Kontakte und Infos: Polnischer Sozialrat e.V.: Polskarada@aol.com; ZAPO: <http://www.ipn.de/~polsorat/zapo.htm>; AusländerInnenberatung des DGB Berlin: Keithstraße 1-3